

**Bezugspreis:**  
 Einzel 1,20 Mk. pro Heft  
 bei Bestellung 20 Heften  
 monatlich 24 Mk. viertel-  
 jährlich 96 Mk. Die Zusendung  
 nach Postbezugsstellen ist  
 franco. Abnahme 200 Hefen  
 1800 Mk. 500 Hefen 4200 Mk.  
**Erwerbungsstellen:**  
 jeden Sonntag, nachmitt.  
**Verlag u. Vertriebsleitung:**  
 Halle (Saale), Burg 2-44.  
 Gehft von 7 1/2 morgens  
 bis 3 Uhr nachmittags.  
 Fernsprechamt Nr. 1647.  
 Postfach 10.  
 Leipzig Nr. 1616.

# Volkstblatt

Sozialdemokratisches Organ

**Abbestellungspreis:**  
 Die Abbestellungspreise sind  
 bei der Redaktion zu erheben.  
 Die Abbestellungspreise sind  
 bei der Redaktion zu erheben.  
**Schriftleitung:**  
 Halle (Saale), Burg 2-44.  
 Fernsprechamt Nr. 1647.  
 Gehft von 7 1/2 morgens  
 bis 3 Uhr nachmittags.  
 Fernsprechamt Nr. 1647.  
 Postfach 10.  
 Leipzig Nr. 1616.

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Cospau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

## Un das arbeitende Volk!

## Ja oder Nein.

Das deutsche Volk steht vor der Entscheidung.  
 Das Ultimatum der Entente ist überreicht, binnen wenigen Tagen muß der Frieden unterzeichnet sein oder der Kriegszustand lebt wieder auf.  
 Die Entente hat zwar einzelne Milderungen zugestanden, doch bleibt das Werk von Versailles ein imperialistischer Gewaltfrieden.  
 Wenn unsere sozialistischen und internationalen Grundfragen legen wir im Verein mit den Sozialisten aller Länder gegen diese Vergewaltigung scharfsten Protest ein.  
 Aber das deutsche Volk steht heute unter dem furchtbaren Zwang, der ihm durch den Zusammenbruch auferlegt ist. Dafür tragen diejenigen die Verantwortung, die den Krieg heraufbeschworen, ihn jahrelang unterhält und sein Ende bis zum Eintritt der Katastrophe verdröcklich hinausgezögert haben.

verhessen und fördert eine Politik, die sie in Widerspruch zu ihren Gebieten bräde.  
 Die nationalitischen Parteien erhoffen von der Wiederbelebung des chauvinistischen Geistes die Rückkehr großer Massen in ihre Reichen.  
 Die Kapitalisten erwarten, daß der einmarschierende Ententeimperialismus die gemeinsamen kapitalistischen Interessen gegen die sozialistische Bedrohung schützen werde.  
 All diese Interessen haben in der Regierung ihre Vertretung und bestimmen die Regierungspolitik. Die rechtssozialistischen Minister treten dagegen nicht auf, aus Furcht vor den Militaristen davongejagt zu werden. Sie sind die Gefangenen der kapitalistischen Parteien und der Militaristen.  
 So ist das deutsche Volk in der großen Gefahr, durch Kapitalismus und Militarismus in eine vernichtende Katastrophe hineingerissen zu werden.  
 Das arbeitende Volk darf sich über diese furchtbare Situation nicht täuschen lassen durch das nationalitische Geschrei der kapitalistisch-militaristischen Kreise und der unter ihrem Diktand stehenden

Soll der Friedensvertrag untergezwungen werden oder nicht? Diese Frage beschäftigt die Presse seit in erster Linie. Gesetzmäßig ist es festzustellen, daß die bisherigen „Reinlager“ doch merklich kleinlaut werden und gebückt sind. Es erhebt sich doch ein unheimliches Grauen, wenn sie an die Folgen wahrnehmigen Nichtunterzeichnens denken. Die Deutsche Tageszeitung sieht den Folgen allerdings mit einiger Würdigung gegenüber. Für ihre Interessenten kommt es in der Zeit auch nicht groß in Betracht, ob die Blodade erneuert und das rheinische Industriegebiet noch weiter belagert wird. Sie haben an Lebensmitteln während des ganzen Krieges nicht Not gelitten und vermögen auch jetzt noch durchzuhalten.  
 Nach Auffassung der Arbeiterzeitung kann es nur ein Nein geben. „Die Entente würde dann den Vormarsch, zu dem sie alle Vorbereitungen getroffen hat, beginnen und dadurch, durch die Blodade und durch die Spaltung Deutschlands in einen nördlichen und einen südlichen Teil den Frieden zu erzwingen suchen. Nur: mit wem will sie ihn dann schließen?“  
 Im Westen wäre Deutschland wehrlos, aber im Osten! Das ist die Sprache des Wahnsinns, aber nicht der politischen Vernunft. Der Berliner Volkszeitung er hofft, daß die Regierung das durch Scheidemann verbündete „Unannehmbar“ wiederholen wird.  
 Die Tageslichte Rundschau kann nicht glauben, daß ihrer Pflicht und Ehre bewusste deutsche Männer sich zu der Signe der Unterfertigung verstehen können.“ Auch das Berliner Tagesblatt wiederholt sein Nein! „Aber“ fügt es ahnungsvoll hinzu, „von denjenigen, die heute über die Ruhe im Lande entscheiden, hängt es ab, ob ein solcher Beschluß die erhofften Wirkungen haben kann oder nicht.“  
 Die Post ist der Meinung, daß der Vertrag höchstens aufgezogen werden könne, ohne jemals Zustimmung, noch gar Anerkennung irgendeines bewußten Deutschen zu finden.  
 Der Vorwärts nimmt von allen Vätern die Boden am vollsten. Kaum sind die Worte verhallt, mit denen er verächtlich, in Deutschland denke niemand an bewaffneten, sondern nur an moralischen Widerstand, schließt er seine Betrachtung über den Friedensvertrag: „Das deutsche Volk kann den Kampf um Recht und Leben nicht aufgeben. Wäre es sich auf genü erweilen, so jetzt schon kraftvoll weiterzuführen, indem es den unerfüllbaren, unannehmbar und entwürdigenden Bedingungen des Ententeimperialismus sein festes Nein entgegensetzt.“

Das deutsche Volk hat jetzt keine Wahl, denn die Nichtunterfertigung des Friedens bedeutet:  
 unsere Kriegsgefangenen bleiben im fremden Land, der Heimat und den Lieben entzogen;  
 die Geere der Entente marschieren vor und besetzen unsere wichtigsten Industrie- und Rohstoffgebiete;  
 unsere Schiffe werden wieder diadert;  
 die Einfuhr ausländischer Lebensmittel ist sofort auf, während unsere heimischen Vorräte bereits angegriffen sind.  
 Der Rohstoffmangel bringt den Transport und die Industrie zum Stillstand.

ohnmächtigen Reichsregierung.  
 Es darf sich nicht antuschen lassen zu adenteurlichen Aktionen gegen die Entente. Wir protestieren insbesondere mit aller Schärfe gegen den frevelhaften Plan eines neuen Krieges gegen die Polen.  
 Jeder militärische Widerstand wäre Wahnsinn und würde nur die nutzlosen Opfer vermehren.  
 Wir unabhängigen Sozialdemokraten können jede Verantwortung ab für die Folgen, die nach innen und außen durch die Ablehnung des Friedensultimatums entstehen.  
 Wir warnen die Regierung, die Politik der Provokationen, der Hoffspiele, der militärischen Distanzverhältnisse länger fortzusetzen. — Diese Politik ist um so verdröcklicher, weil sie gleichzeitig die Arbeiterklasse durch die Ablehnung des Friedensvertrages in eine verwickelte Situation hineintritt.  
 Wir sind überzeugt, daß die Arbeiter der militärischen Reaktion nicht die gewünschte Gelegenheit werden, die Zeit der nationalitischen Erregung zur Verwirklichung ihrer Diktaturgierigkeiten auszunutzen. Das neue Gewaltregiment wird nicht von langer Dauer sein und ebenso schnell zusammenzubrechen, wie das alte Regime zusammengesack ist.  
 Nicht von den Methoden einer veralteten Diplomatie und nicht von militärischen Entschcheidungen kann die Zukunft der deutschen Arbeiterklasse abhängig gemacht werden. Wir vertrauen auf den

Freiheit vertritt konsequent die Politik der U.S.D.V., die vor allem erst Frieden schaffen will. Im Kreisen der Regierung können man sich offenbar noch gar keine feste Vorstellung machen, was denn eigentlich getrieben soll. „It doch der wahnsinnige Plan angebracht, gleichsam künstlich die Anarchie einzuführen, indem die Nationalversammlung aufgelöst wird, Regierung und Reichspräsident demissionieren und der Entente ein Deutschland ohne Regierungsmacht präsentiert wird. Die Sozialisten der Bergewaltungsbevollmächtigt soll gleichsam zur verfassungsmäßigen Institution werden. Wir meinen, daß alle diese Pläne den deutschen Volk nur Verderben bringen können. Dagegen kann es keinen Zweifel unterliegen, daß, ist erst der Friede wieder hergestellt, der Kampf der Internationalen mit nachsichtloser Härte zu freudigem Erfolg geführt und daß ihr Sieg die Revolution dieses Landes bringen wird, ohne daß vorher Deutschland durch eine funtelle Reaktropolitik hoffnungslos geschädigt ist.“

Arbeitslosigkeit und Hunger wachsen in erschreckendem Maße, und führen zu furchtbaren Verheerungen.  
 Bergewaltung erhebt die Massen. Der erregte Nationalismus weicht einer dumpfen Hoffnungslosigkeit.  
 In kurzer Zeit müßte jeder Friede unterzeichnet werden. Es wäre dann nicht einmal sicher, ob Deutschland als Ganzes den Frieden unterzeichnen könnte. Denn die sterblichen Machtpolitiker, die im Rheinland, in Bayern und Deutsch-Oesterreich katholische Sonderstaaten schaffen wollen, die kapitalistischen Interessensvertreter, die dem besetzten und revolutionierten Deutschland entziehen möchten, würden unter dem Schutze der Entente ihr ruckloses Werk der Zerschindlung mit größerem Eifer und vermehrter Aussicht fortsetzen können.  
 Ablehnung des Friedens heißt also maßlos gesteigertes Elend, neue Menschenopfer, Zerköpfung des Wirtschaftslbens, Gefährdung der deutschen Einheit, hoffnungsloses Chaos!  
 Trotzdem kränkt sich die Regierung, der harten Notwendigkeit zu gehorchen und den Frieden zu unterzeichnen. Der Geist der alten Prehigepolitik und des alten Nationalismus beherrscht sie.  
 Die Militaristen wollen ihre Macht aufrechterhalten, sie toben gegen den Frieden, der die Geerestärke herabsetzt und dem deutschen Militarismus ein Ende bereitet. Die Regierung selbst hat den Trägern des Militarismus wieder zur Macht

Regretlichen Vormarsch der Arbeiterklasse und wissen, daß die fortwährende proletarische Revolution den Vertrag von Versailles vernichten wird, wie sie die Verträge von Brest und Bukarest beseitigt hat.  
 Das letzte Friedenswort kann und wird nur der internationale Sozialismus sprechen.  
 Berlin, den 17. Juni 1919.

Nationalversammlung und Gewaltfriede.  
 Der schwersten Seiten.  
 Weimar, 17. Juni. (W. T. V.) Die Nationalversammlung trat heute nachmittags zu einer kurzen Sitzung zusammen, die außerordentlich kurz besetzt war. Der Reichspräsident Scheidemann gab einen Heftigen Bericht über die feindliche Kanteinote. Sie erlaube noch kein abschließendes Urteil. Ein vorläufiges Urteil sei aber verfehlt. In den allgemeinen gegen das deutsche Volk enthaltenen Beschuldigungen sei Neues nicht enthalten. Aber er müsse dazu mit Bedauern feststellen, daß die Entente unseren Vorschlag zur Schaffung eines neutralen Schiedsgerichtes abgelehnt habe, das allein diese Beschuldigungen objektiv hätte prüfen können. Bedauerlich sei weiter, daß das ganze Volk mit den angeführten Begeben und Verbrechen belastet werden solle. Diese Belastung solle aber die Vererdigung schaffen zu den schwersten Bedingungen, die im zweiten Teile der feindlichen Kanteinote dem ganzen deutschen Volke auferlegt werden sollen. Eine Begründung, die der gegebenen Regelung der Verhältnisse im Osten geben werde, lasse wenig Hoffnung aufkommen, daß wir in den ausführenden Memorandum auf ein wesentlichen Entgegenkommen rechnen könnten. Das gelte auch für die übrigen territorialen Fragen, bei denen ebenso wie bei den wirtschaftlichen und finanziellen Fragen in der Kanteinote nach mancherlei Punkte völlig unklar seien. Angeht dieser Unklarheiten und angeht der Tatsache, daß das gesamte Material gurgel noch nicht vorliegt, könne keine Entscheidung noch nicht getroffen werden, nur der endgültige und vollständige Text des feindlichen Antworts könne die Grundlage für eine Entscheidung

Die Parteilitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.  
 Clemenceau entschuldigt sich.  
 Versailles, 17. Juni. (W. T. V.) Die Note des Vorsitzenden der Friedenskonferenz Clemenceau über die Ereignisse in Versailles an den Vorliegenden der deutschen Friedensdelegation Reichsminister des Auswärtigen Grafen Brockdorff hat folgenden Wortlaut:  
 Paris, 17. Juni. Herr Vorsitzender! Ich habe erfahren, daß im Augenblick der Abreise der deutschen Delegation aus Versailles gefahren zusammen gekommen sind an den Toren ihrer Heimstätten, Aufregungen haben und daß dies lärmende Zwischenfälle zur Folge gehabt hat. Ich beziele mich, Ihnen mein volles Bedauern wegen dieser derartleitenden Worten und den Gesetzen der Gostfreundlichkeit in so änderlicher Weise zuverlaufenden Bescheldigungen auszubringen. Diese Kundgebungen waren nur infolge der Abwesenheit einer Anzahl von Volkgemeinden, die aus Gründen der öffentlichen Ordnung in der Umgebung von Versailles an eine andere Stelle beordert worden waren, möglich gewesen. Der Präsident des Departements Seine et Oise wird Herrn von Daniel seine Ent-

Schuldigungen vorbringen und wird wie auch der Volksteilnehmer seines Amtes entbunden werden, da sie die Ordnungsmahnahmen, die ihnen anempfohlen worden waren, nicht getroffen hätten.  
 Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender, den Ausdruck meiner ausgeprägten Entschuldigung. (aez.) Clemenceau.  
 Gefangenenbefreiung in Weimar.  
 Weimar, 18. Juni. (W. T. V.) In der heutigen Nacht gegen 2 Uhr befreiten sich vier in Weimar etwa 60 militärische Strafgefangene, darunter einige schwere Verbrecher, aus dem Gefängnis. Sie entwarfen die verbleibenden militärischen Wachen. Es kam in der Nähe des Schloßes zu einer Schererei, in deren Verlauf es mehrere Verwundete gab. Die Wächter, die es Schloß einzubringen, miltig. Ein Teil der Ausgeborenen wurde gefangenommen, ein anderer Teil hat sich heute vor-mittag geflücht. Vom Verbleib derer wurden zwei Mann, von den Strafgefangenen vier Mann gezwungen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt  
 urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190619-13/fragment/page=0001



Der Kreislag, der am Montag in Reitz tagte, konnte graphisch dem Genossen Ledebour einen sozialistischen Gruß...

Leдебour-Prozess.

18. Verhandlungstag.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende fest, daß der als Zeuge geladene Kellner Roland (der Wolfenbütteler)...

Unser Colleague vom Freitag wurde durch die Interessen der Gewerkschaften...

Die Verlesung hat sich die Presse für ihre Zwecke benutzt...

Gewerkschaftliches.

Die Politik der Generalkommission.

Ein Zwischenbericht der Zentralvorstände der freien Gewerkschaften...

Die Vorstände gibt den Gewerkschafts- und Parteigenossen in gedrängter Form das reichhaltige Material...

Zum Streit in den Berliner Zeitungsbetrieben.

Die Buchdruckerzeitschriften, deren Verhältnisse durch den Fortschritt der Technik...

Beendigung des Holzarbeiterstreiks in Berlin.

Der vor einiger Zeit in Berlin ausgebrochene Holzarbeiterstreik ist am Sonntag...

Leдебour: Ich muß mich dem Urteil der Richter fügen...

Vorsitzender: Das hat der Zeuge nicht gesagt. Ledebour mit sich abzurechnen...

Vorsitzender: Ich muß mich dem Urteil der Richter fügen...

Vorsitzender: Ich muß mich dem Urteil der Richter fügen...

Vorsitzender: Ich muß mich dem Urteil der Richter fügen...

Vorsitzender: Ich muß mich dem Urteil der Richter fügen...

Vorsitzender: Ich muß mich dem Urteil der Richter fügen...

Vorsitzender: Ich muß mich dem Urteil der Richter fügen...

Vorsitzender: Ich muß mich dem Urteil der Richter fügen...

Vorsitzender: Ich muß mich dem Urteil der Richter fügen...

Vorsitzender: Ich muß mich dem Urteil der Richter fügen...

Vorsitzender: Ich muß mich dem Urteil der Richter fügen...

Vorsitzender: Ich muß mich dem Urteil der Richter fügen...

Vorsitzender: Ich muß mich dem Urteil der Richter fügen...

Der vor einiger Zeit in Berlin ausgebrochene Holzarbeiterstreik ist am Sonntag...





Deutschland nach dem Vertrag von Versailles... Die Vorläufe sind die Erregung der territorialen Regelung...

Die Vorläufe sind die Erregung der territorialen Regelung... Es entspricht den Interessen der Nationen...

IV.

Es scheint, daß die deutsche Delegation sich in einem schweren... wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen befindet...

V.

Die deutsche Delegation befindet sich in großem Jutrum über... die Bestimmungen des Friedensvertrages...

VI.

Die deutsche Delegation befindet sich in großem Jutrum über... die Bestimmungen des Friedensvertrages...

Wann und woher... die deutsche Delegation... die Bestimmungen des Friedensvertrages...

VII.

Die deutsche Revolution ist bis zu den letzten Augenblicken... die Bestimmungen des Friedensvertrages...

VIII.

Am Laufe der Geschichte der wirtschaftlichen Bestimmungen... die Bestimmungen des Friedensvertrages...

IX.

Die deutsche Delegation befindet sich in großem Jutrum über... die Bestimmungen des Friedensvertrages...

Wann und woher... die deutsche Delegation... die Bestimmungen des Friedensvertrages...

Verhandstag der Holzarbeiter.

Verhandstag der Holzarbeiter. Sonntag nachmittag trat im großen Saal des Gewerkschaftshauses in Berlin der 11. Verhandstag des deutschen Holzarbeiterverbandes zusammen...

Ein Rückblick aus dem Jahre 2000.

Ein Rückblick aus dem Jahre 2000. Von Edward Bellamy. Nachdr. verb. Einundzwanzigstes Kapitel. Doktor Rees hatte den Vorschlag gemacht, den folgenden Monat zur Beschäftigung der Schulen und höheren Lehranstalten in der Stadt zu verwenden...

Rechtschaffen Anrecht auf die gleichen Erntemittel haben. Den Elementarunterricht, wie er vor hundert Jahren in Massachussetts üblich war, und der auf dem allgemeinen Schulzwang beruhte, haben wir durch ein halbes Duzend höherer Klassen erweitert und vervollständigt...

Recht, den Tagungen dagegen wird die beste Erziehung als unerlässliche Bedingung für die Lebensfähigkeit eines jeden angesehen, ganz gleich, welchen Beruf er ausübt. Damit ist auch Ihre Schulbildung billiger geworden...



